

24.11.23**Antrag****des Freistaates Sachsen**

Entschließung des Bundesrates für einen dauerhaften ermäßigten Umsatzsteuersatz für Restaurant- und Verpflegungsdienstleistungen in der Gastronomie und Ausdehnung der ermäßigten Umsatzbesteuerung auf Getränke**- Antrag des Freistaates Bayern -**

Punkt 67 der 1038. Sitzung des Bundesrates am 24. November 2023

Der Bundesrat möge die Entschließung in folgender Fassung fassen:

Entschließung des Bundesrates für eine Verlängerung des ermäßigten Umsatzsteuersatzes für Restaurant- und Verpflegungsdienstleistungen

1. Der Bundesrat stellt fest, dass durch die Absenkung des Umsatzsteuersatzes für Restaurant- und Verpflegungsdienstleistungen, mit Ausnahme der Abgabe von Getränken, von 19 auf 7 Prozent während der Corona-Krise Umsatzeinbrüche gemindert und umfassende Betriebsschließungen vermieden werden konnten. Diese Maßnahme ist bisher zeitlich befristet und läuft Ende des Jahres 2023 aus.
2. Der Bundesrat weist darauf hin, dass neben den Nachwirkungen der Corona-Krise seit einiger Zeit erhebliche Verteuerungen insbesondere der Energie- und Lebensmittelpreise zu verzeichnen sind. Allgemein wird davon ausgegangen, dass die Preisentwicklung über einen längeren Zeitraum auf einem hohen Niveau verharren und die Binnenkonjunktur daher auf absehbare Zeit belasten wird.

3. Zur Vermeidung zusätzlicher Preissteigerungen und Nachfragerückgänge im gastronomischen und touristischen Bereich sowie zusätzlicher Belastungen von Verbraucherinnen und Verbrauchern zu Beginn des Jahres 2024 wird die Bundesregierung gebeten, die Absenkung des Umsatzsteuersatzes für Restaurant- und Verpflegungsdienstleistungen über das Jahr 2023 hinaus um bis zu drei Jahren zu verlängern. Hiervon profitieren neben der Gastronomiebranche auch viele andere Bereiche, wie Cateringunternehmen, der Lebensmitteleinzelhandel, Bäckereien und Metzgereien, soweit sie verzehrfertig zubereitete Speisen zusammen mit weiteren Dienstleistungen abgeben. Dies wirkt sich nicht nur auf Verbraucherinnen und Verbraucher, sondern auch auf viele soziale Angebote wie Verpflegungsleistungen in der Schule, im Hort, in Einrichtungen der Kindertagesförderung und der Kindertagespflege begünstigend aus.
4. Darüber hinaus stellt ein einheitlicher Umsatzsteuersteuersatz von 7 Prozent einen Beitrag zur Vereinfachung des Steuerrechts dar und sorgt damit für eine Entbürokratisierung sowie bessere Nachvollziehbarkeit und Verständlichkeit bei Unternehmen, Verbraucherinnen und Verbrauchern.
5. Für eine Reihe von Umsätzen gilt abweichend vom allgemeinen Steuersatz von 19 Prozent ein ermäßigter Steuersatz von 7 Prozent. Seit Jahren ist zu beobachten, dass die Liste der Ausnahmen kontinuierlich wächst. Dabei sind die Regelungen kompliziert und führen vielfach zu Abgrenzungsschwierigkeiten und widersprüchlichen Ergebnissen. In der Folge kommt es zu hoher Intransparenz und steigenden Subventionen, Anreize zum Steuerbetrug werden gefördert. Um für Verbraucherinnen und Verbraucher sowie die Unternehmen das Steuerrecht verständlicher und nachvollziehbarer zu machen, muss daher das bestehende Umsatzsteuersystem vereinfacht und entbürokratisiert werden. Der Bundesrat fordert vor diesem Hintergrund die Bundesregierung auf, eine grundlegende und umfassende Umsatzsteuerreform auf den Weg zu bringen.